

von Golowatscheff, Wadim

**Article — Digitized Version**

## Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Westberlins im Jahre 1955

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* von Golowatscheff, Wadim (1956) : Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Westberlins im Jahre 1955, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 36, Iss. 2, pp. 95-97

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132233>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

## Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik und Westberlins im Jahre 1955

Dr. Wadim von Golowatschew<sup>\*)</sup>, Hamburg

Die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik stand im Jahre 1955 im Zeichen einer im Vergleich zum Vorjahre stark beschleunigten konjunkturellen Expansion. Hatte das Bruttosozialprodukt von 1953 bis 1954 eine Zunahme von 134,3 auf 145,5, d. h. um 11,2 Mrd. DM = 8,3 % erfahren, so stieg es im Jahre 1955 nach vorläufiger Berechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Institut für Konjunkturforschung) in Berlin weiter auf 163,3, d. h. um 17,8 Mrd. DM = 12,2 %. Selbst unter Berücksichtigung der inzwischen eingetretenen leichten Erhöhung des allgemeinen Preispegels um durchschnittlich 1,7 % ergibt sich dabei für das Jahr 1955 eine volumenmäßige Steigerung um 10,3 % gegenüber einer solchen von nur 8,5 % im Vorjahre, in dem sich der Preispegel noch um 0,2 % gesenkt hatte. Da die Gesamtzahl der Erwerbstätigen (Selbständigen, mithelfenden Familienangehörigen und beschäftigten Arbeitnehmern) dabei nur um etwas mehr als 4 % zugenommen hat, konnte die weit darüber hinausgehende volumenmäßige Steigerung des Bruttosozialprodukts nur durch die gleichzeitig erzielte Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität in der gesamten Volkswirtschaft um mehr als 5 1/2 % erreicht werden, wenn man zugleich auch die inzwischen tatsächlich erfolgte Verlängerung der durchschnittlichen wöchentlichen Arbeitszeit um knapp 1/2 % berücksichtigt.

### LEBHAFTE INVESTITIONSTÄTIGKEIT

Dieser verstärkte Konjunkturauftrieb ging in der Hauptsache auf eine erhebliche weitere Zunahme des Investitions- und des Exportvolumens um 19 % bzw. 14 % zurück, während sich der Öffentliche und der Private Verbrauch volumenmäßig nur um 9 % bzw. um 7 1/2 % erhöhten. Es liegt auf der Hand, daß hierdurch vor allem die Produktion der Industrie und des Baugewerbes begünstigt wurde, deren Volumen im Jahre 1955 eine weitere Ausdehnung um 16 % bzw. 12 % erfuhr, und daß dabei im industriellen Bereich die Erzeugung von Investitionsgütern, auf die ja auch der weitaus größte Teil des Exports aus der Bundesrepublik entfällt, volumenmäßig um 25 %, die Erzeugung von Verbrauchsgütern (einschl. Nahrungs- und Genußmitteln) dagegen nur um knapp 12 % und die von Energie- und Rohstoffen um 14 % anstiegen. Die überaus lebhaftige Investitionstätigkeit im industriellen Bereich ermöglichte dabei erwartungsgemäß eine besonders starke Erhöhung der durchschnittlichen

Arbeitsproduktivität in der Industrie selbst um etwa 7 1/2 %, so daß bei einer durchschnittlichen Verlängerung der tatsächlichen wöchentlichen Arbeitszeit um 1/2 % die Gesamtzahl der in der Industrie Beschäftigten im Jahresdurchschnitt 1955 gleichfalls nur um etwa 7 1/2 % erhöht zu werden brauchte, um die bereits erwähnte Ausdehnung des gesamten Industrieproduktionsvolumens um rd. 16 % im Vergleich zum Vorjahre zu erzielen. Aber auch im Baugewerbe, wo das Produktionsvolumen vor allem im Bereich des industriellen und des sonstigen gewerblichen Baus sowie des Tiefbaus, weniger dagegen im sonstigen öffentlichen und im Wohnungsbau eine erhebliche weitere Steigerung erfuhr, und in den übrigen Wirtschaftszweigen einschließlich der Landwirtschaft konnten die im Jahre 1955 tatsächlich erzielten Produktionsleistungen bei der fortschreitenden Verknappung der noch zur Verfügung stehenden Arbeitskraftreserven im allgemeinen gleichfalls nur mit Hilfe einer beachtlichen weiteren Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität erreicht werden.

### EINKOMMEN DER PRIVATHAUSHALTE

Im Zuge dieser Entwicklung nahm die Gesamtzahl der beschäftigten Arbeitnehmer im Jahresdurchschnitt von 16,3 Mill. im Jahre 1954 auf 17,2 Mill. im Jahre 1955 zu, d. h. um fast 6 %; auf dem jahreszeitlich bedingten Kulminationspunkt Ende September erreichte sie sogar 17,8 Mill. gegen 16,8 Mill. im Vorjahre, während sich die Gesamtzahl der Arbeitslosen gleichzeitig auf nur noch 0,49 Mill. gegen 0,82 Mill. im Vorjahre stellte. Bei einer Zunahme des durchschnittlichen Arbeitseinkommens der beschäftigten Arbeitnehmer um etwa 7 1/2 % (von 3921 DM auf 4207 DM nach Berechnungen der Bank deutscher Länder) ergab sich daraus eine Steigerung der Lohn- und Gehaltssumme von 63,8 Mrd. auf 72,4 Mrd. DM brutto bzw. von 54,2 auf 61,3 Mrd. DM netto. Da gleichzeitig die Einkommen aus Pensionen, Renten und Unterstützungen aller Art von 17,8 auf 19,5 Mrd. DM zunahmen und sich auch die Privatentnahmen der Selbständigen schätzungsweise von 16,9 auf 17,1 Mrd. DM leicht weiter erhöhten, ergab sich im Endergebnis eine Steigerung des gesamten verfügbaren Nettoeinkommens der Privathaushalte von 88,9 Mrd. auf 98,0 Mrd. DM. Bei der gleichzeitigen Zunahme der Ersparnisse von 7,2 Mrd. DM auf 7,5 Mrd. DM, d. h. um nur noch 4 % gegen fast 19 % im Vorjahre, ermöglichte diese Steigerung den Haushalten eine Erhöhung des gesamten privaten Verbrauchs von 81,7 Mrd. auf

<sup>\*)</sup> Leiter der Konjunkturforschungsstelle im Hamburgischen Welt-Wirtschafts-Archiv.

90,5 Mrd. DM, d. h. um fast 11 % (alles nach Berechnungen der Bank deutscher Länder). Dies äußerte sich konsequent in einer etwa gleich großen Zunahme der Einzelhandelsumsätze, was bei durchschnittlich um knapp 2 % gestiegenen Verbraucherpreisen einer mengenmäßigen Ausdehnung um etwa 9 % entspricht.

#### FREMD- UND EIGENMITTEL

Das relativ geringe Ausmaß von Preissteigerungen trotz ständig zunehmender Nachfrage und vielfach merklich gestiegener Rohstoffpreise (vor allem für Investitionsgüterrohstoffe) und Löhne erklärt sich dabei bei den industriell erzeugten fertigen Konsum- und Investitionsgütern im wesentlichen daraus, daß bei fortschreitender Inbetriebnahme von neuen Produktionskapazitäten die Angebotselastizität — von wenigen Ausnahmen, wie z. B. im Baugewerbe, abgesehen — sich im ganzen nur relativ wenig verschlechterte, während auf der anderen Seite den erwähnten Kostensteigerungen beträchtliche Kostensenkungen sowohl durch die Erhöhung der durchschnittlichen Arbeitsproduktivität als auch durch die bessere Kapazitätsausnutzung gegenüberstanden, die sie weitgehend kompensierten, ja z. T. sogar überkompensierten. So ergab sich alles in allem noch eine beträchtliche Zunahme der Unternehmerrgewinne von 40,1 Mrd. auf 43,0 Mrd. DM brutto bzw. von 27,5 Mrd. auf 29,9 Mrd. DM netto, d. h. um etwa 9 %. Nach Abzug von Privatentnahmen konnten hiervon 12,7 Mrd. DM (gegen 10,6 Mrd. DM im Vorjahre) reinvestiert werden, weitere 1,6 (gegen nur 0,5) Mrd. DM eigene Mittel konnten hierfür mit Hilfe von Aktienemissionen beschafft werden, so daß von dem Gesamtbetrag von Nettoanlageninvestitionen der Unternehmungen in Höhe von 21,6 (gegen 16,1) Mrd. DM nicht weniger als 14,3 (gegen 11,1) Mrd. DM = 66 % (gegen 69 % im Vorjahre) weiter aus eigenen, daneben allerdings bereits 7,3 (gegen nur 5,0) Mrd. DM mit Hilfe von fremden Mitteln (in der Hauptsache Bankkrediten, einschl. der weitergeleiteten Staatskredite vor allem für den Wohnungsbau) finanziert wurden. Nicht zuletzt in diesem Zusammenhang nahm der Gesamtumfang der von den Kreditinstituten an die Wirtschaft und Private gewährten Kredite von 50,3 Mrd. DM Ende 1954 auf 61,2 Mrd. DM Ende 1955 zu, d. h. um 10,9 Mrd. DM = 21,6 %.

#### AUSSENHANDELSÜBERSCHUSSE

Was den Export aus der Bundesrepublik und aus Westberlin betrifft, so konnte er von 22,0 Mrd. DM im Jahre 1954 auf 25,7 Mrd. DM im vergangenen Jahre, d. h. um 3,7 Mrd. DM = 17 % gesteigert werden, während der Import noch stärker, nämlich von 19,3 auf 24,5 Mrd. DM, d. h. um 5,2 Mrd. DM = 27 % zunahm. Bei leicht erhöhten Ein- und Ausfuhrpreisen blieb indes die volumenmäßige Ausdehnung des Außenhandelsverkehrs etwas hinter der wertmäßigen Steigerung zurück, indem sie auf der Exportseite 15 % und auf der Importseite 22 % betrug. Die überaus starke Einfuhrerhöhung erklärt sich dabei in erster Linie aus der — vor allem kapazitätsmäßig bedingten — Unmöglichkeit, die heimische Rohstoffherzeugung schnell genug nach Maßgabe der durch den überaus starken konjunkturellen Auftrieb bewirkten Nach-

fragesteigerung zu vergrößern. Ihre Folge war in erster Linie die Abnahme des bisherigen sehr hohen Exportüberschusses von nicht weniger als 2,7 Mrd. DM im Jahre 1954 auf nur noch 1,2 Mrd. DM im vergangenen Jahr. Dementsprechend erfuhr auch der Aktivsaldo im gesamten Zahlungsverkehr mit dem Ausland, der sich bereits im Jahre 1954 auf nur noch 2,73 Mrd. DM gegen 3,59 Mrd. DM im Vorjahr gestellt hatte, im Jahre 1955 einen starken weiteren Rückgang auf 1,92 Mrd. DM; immerhin ermöglichte er auch im vergangenen Jahr noch eine Erhöhung der Gold- und Devisenbestände bei der Bank deutscher Länder von 11,26 auf 13,10 Mrd. DM bzw. 3,1 Mrd. US- $\text{\$}$ .

#### FINANZPOLITIK UND KONJUNKTUR

Die überaus günstige Entwicklung der Wirtschaftskonjunktur hat im vergangenen Jahr ungeachtet der Herabsetzung der Einkommensteuertarife zu einer weit über die Haushaltsvoranschläge hinausgehenden Zunahme der Steuereinnahmen der Öffentlichen Hand geführt, während auf der anderen Seite die tatsächlichen Ausgaben infolge der verzögerten Durchführung des Wiederaufrüstungsprogramms trotz der vielen nachträglichen zusätzlichen Bewilligungen erheblich hinter den ursprünglichen Voranschlägen zurückblieben. Die sich hieraus ergebende Akkumulation von Kassenüberschüssen führte im vergangenen Jahr dazu, daß an seinem Ende allein der Kassenbestand des Bundes um nicht weniger als rd. 2 Mrd. DM zugenommen hatte und sich auf mehr als 5½ Mrd. DM stellte. Solange sich die Wirtschaft der Bundesrepublik in den ersten 8 Monaten des vergangenen Jahres in der Phase einer ungestümen Expansion befand, gingen von dieser Akkumulation von zu Lasten der Privateinkommen erzielten Öffentlichen Kassenüberschüssen im Bereich des Zentralbanksystems um so erwünschte kontraktive Wirkungen aus, als sich bei der Finanzierung der schnell zunehmenden Investitionstätigkeit eine Tendenz zu einer übermäßigen Inanspruchnahme des Bankenkredits abzuzeichnen begann, die gerade in dem Augenblick die Gefahr einer Kreditinflation heraufbeschwor, in dem es immer offener wurde, daß sich das Expansionstempo der westdeutschen Wirtschaft wie auch der Wirtschaft der übrigen maßgebenden Industrieländer allein schon wegen zunehmender Erschöpfung der letzten nach Erreichung der Vollbeschäftigung etwa noch verfügbaren Arbeitskraftreserven von nun an notwendigerweise stark verlangsamten muß. Indes kann diese Gefahr dank der von der Bank deutscher Länder im August vorigen Jahres gerade noch rechtzeitig ergriffenen kreditrestriktiven Maßnahmen, die schon jetzt zu einer weitgehenden Normalisierung der Nachfrageentfaltung und entsprechender Verlangsamung des auf die Dauer nicht haltbaren hektischen Expansionstempus des Jahres 1954/55 geführt haben, heute um so mehr als vorderhand endgültig überwunden gelten, als, wie schon dargelegt wurde, zugleich auch der zweite Faktor des bisherigen Aufschwunges — der hohe Überschuß im Zahlungsverkehr mit dem Ausland — in zunehmendem Maße an Bedeutung verliert, ja sich möglicherweise schon in absehbarer Zeit in sein Gegenteil verkehren wird. In einer konjunkturellen Phase, die sich durch

fortschreitendes Nachlassen der bisher wirksam ge-  
wesenen Auftriebskräfte kennzeichnet — bei abneh-  
mender Gesamtwachstumsrate muß nämlich schließlich  
auch der Investitionsbedarf und damit auch die Inve-  
stitionsneigung gleichfalls abnehmen — können aber  
die etwa von den Haushaltüberschüssen der Öffent-  
lichen Hand weiter ausgehenden kontraktiven Wir-  
kungen nur denkbar unerwünscht sein. Auf der an-  
deren Seite dürften die mit einer etwaigen Liquidierung

der akkumulierten Kassenüberschüsse der Öffentlichen  
Hand vom Standpunkt der Konjunkturpolitik verbun-  
denen Schwierigkeiten bei fortschreitender Akkumula-  
tion zweifellos im quadratischen Verhältnis zu ihrer  
Größe zunehmen. So dürfte die ganze konjunkturelle  
Entwicklung in der Bundesrepublik und in Westberlin  
im Jahre 1956 und in den folgenden Jahren nicht zu-  
letzt davon abhängen, wie dieses Problem gelöst wer-  
den wird.

## Die Londoner Warenterminmärkte

Dietrich W. Keller, London

Als Großbritannien unter seiner neuen konservativen  
Regierung vor mehr als vier Jahren die Abkehr  
von staatlicher Wirtschaftsplanung und Wirtschaftskontrolle  
begann und den Weg zu einer liberaleren  
Wirtschaftspolitik einschlug, wurden nacheinander die  
traditionellen Warenterminmärkte in London (und  
Liverpool) wieder ins Leben gerufen. Diese Rohstoff-  
märkte hatten in früherer Zeit wesentlich dazu bei-  
getragen, daß London als eine Zentrale des Welt-  
handels galt, und sie waren das natürliche Korrelat zu  
dem internationalen Finanzzentrum der Londoner City,  
die einen unverhältnismäßig großen Anteil des Welt-  
rohstoffhandels finanzierte.

Wenn Großbritannien beabsichtigte, der Sterlingwäh-  
rung auch nur einen Teil ihrer früheren Weltgeltung  
wieder zu verschaffen und London wieder zu einem  
zentralen Bankplatz internationaler Bedeutung  
zu machen, so mußte notwendigerweise mit einer größeren  
Freizügigkeit des Devisenverkehrs auch die Freizügig-  
keit des Warenverkehrs angestrebt werden. Die ge-  
eignetste Form hierfür bot sich in der Wiedereröffnung  
der Rohstoffterminmärkte und in der Zulassung von  
Transaktionen ohne Rücksicht auf das Herkunftsland  
und auf das Verbraucherland für diese Rohstoffe.

In der Tat sah es eine Zeitlang so aus, als ob England  
die Konvertierbarkeit seiner Währung auf dem Umweg  
über die Warenterminmärkte herstellen würde, indem  
es den Sterlingbesitzern in aller Welt erlaubte, u. a.  
auch sogenannte Dollarrohstoffe über die Londoner  
Terminmärkte zu beziehen.

Wie haben sich nun die wiedereröffneten Warentermin-  
märkte entwickelt, und inwieweit ist England dem Ziel  
der Stärkung des Pfundes im Welthandel dabei näher-  
gekommen?

Im einzelnen ist die Entwicklung bei den verschiedenen Roh-  
stoffmärkten unterschiedlich verlaufen, im ganzen jedoch recht  
enttäuschend. Als einziger Terminmarkt funktioniert eigent-  
lich nur der Wollmarkt wirklich befriedigend. Seit seiner  
Eröffnung im April 1953 haben die hier getätigten Umsätze  
von Jahr zu Jahr stetig zugenommen, sie liegen mit durch-  
schnittlich 320 Kontrakten (à 5000 lbs) pro Woche in diesem  
Jahr wieder um 10% über dem Vorjahr. Der Wolltermin-  
markt ist vor allem deshalb der am meisten befriedigende,  
weil sich hier eine „echte“ Terminpreisgestaltung mit einer  
kleinen Prämie für Terminlieferungen herausgebildet hat, im  
Gegensatz zu fast allen übrigen Warenterminmärkten, die  
infolge knappen Angebots sofort lieferbarer Partien unter der  
„backwardation“ leiden, d. h. einem Diskont für Termin-  
notierungen, der dem Termingeschäft den eigentlichen Sinn,  
die Absicherung des Preisrisikos, raubt.

Wohl der wichtigste Warenterminmarkt ist die Londoner  
Metallbörse. Hier haben die Umsätze bis jetzt erst  
30—60% der Vorkriegsumsätze erreicht und zeigen auch in  
diesem Jahr nur geringe, teilweise Belebungen.

Der Kupferterminmarkt wurde im August 1953 eröffnet  
und erreichte im 1. Halbjahr 1954 Umsätze von 127 000 t, im  
1. Halbjahr 1955 von 136 000 t gegen 475 000 t im ganzen  
Jahr 1938. Die Zunahme der Umsätze im 1. Halbjahr 1955  
konzentriert sich dabei auf die Monate Februar bis April, wo  
lebhaftere Voreindeckungen in Erwartung einer — tatsächlich  
auch eingetretenen — Verknappung des Angebots im wei-  
teren Laufe des Jahres vorgenommen worden waren. Seit  
Mai liegen die Umsätze unter dem Vorjahresniveau.

Der Zinnhandel ist schon seit November 1949 zugelassen.  
Er erreichte zunächst etwas mehr als die Hälfte der Vor-  
kriegsumsätze, fiel dann aber seit 1953 auf rund 30% des Vor-  
kriegsstandes mit Jahresumsätzen zwischen rund 27 000 und  
30 000 t zurück. Der Wochendurchschnitt der Umsätze liegt in  
diesem Jahr wieder um 5% unter demjenigen von 1954.

Blei — seit Oktober 1952 gehandelt — kam 1953 mit  
235 000 t auf rund 60% der Vorkriegsumsätze, ist seither  
jedoch dauernd rückläufig mit Umsätzen von nur 69 000 t im  
1. Halbjahr 1955 (gegen noch 81 000 t im Vorjahr).

Der Zinkhandel kam 1953 mit 217 000 t Umsätzen (75%  
von 1938), noch am besten in Gang. Dieses Niveau hat sich  
im wesentlichen gut gehalten; die Umsätze stiegen von  
96 000 t im 1. Halbjahr 1954 auf 103 000 t im 1. Halbjahr 1955.

Während die Terminmärkte für Kakao und Kautschuk  
unter den teilweise von politischen Faktoren beeinflussten  
Schwankungen des Angebots und der unstillen Preisentwick-  
lung litten und aus diesem Grunde noch nicht wieder die aus-  
gleichende Funktion ausüben konnten, die an sich dem  
Terminhandel innewohnt, sind die Getreidemärkte in  
Liverpool und London und der Baumwollmarkt in Liverpool  
noch zu jung, um ein abschließendes Urteil zu erlauben; bis-  
lang jedoch liegen die Umsätze weit unter Vorkriegshöhe,  
und die staatliche Interventionspolitik in den Haupterzeuger-  
ländern hat eine echte Marktbeeinflussung durch die Börsen  
bislang nicht aufkommen lassen.

Als einziger traditioneller Londoner Terminmarkt ist nur der  
Zuckermarkt noch nicht wieder in alter Form erstanden;  
in Zucker (ebenso wie Kaffee) sind zur Zeit nur Abschlüsse  
für sofortige Lieferung möglich, jedoch keine Termingeschäfte.  
Der ursprünglich nur für Rohzucker eröffnete Markt wurde  
inzwischen auch auf den Handel in Zuckerraffinade aus-  
gedehnt.

An allen wieder funktionierenden Rohstoffmärkten ist  
der Transithandel mit praktisch allen Währungsräumen  
zugelassen, außer bei Getreide, Baumwolle und raffi-  
niertem Zucker, bei denen Lieferungen aus Dollar-  
ländern in Länder außerhalb des Sterlinggebietes in  
Dollar bezahlt werden müssen (während sie für die  
Abnehmer im Sterlingraum „liberalisiert“ sind). Auf  
dem Wege über einen Teil der Warenterminmärkte be-  
steht also eine de facto-Konvertierbarkeit von Pfund  
in Dollar für In- und Ausländer.